

Erscheint  
Dienstags und  
Freitags.  
Zu beziehen  
durch alle Post-  
anstalten.

# Weißeritz-Beitung.

Preis  
pro Quartal  
10 Ngr.  
Inserate die  
Spalten-Zeile  
8 Pfg.

Amts- und Anzeige-Blatt der königlichen Gerichts-Aemter und Stadtrathe zu  
Dippoldiswalde, Frauenstein und Altenberg.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Fehne in Dippoldiswalde.

## Rundschau.

Die deutsch-dänische Frage macht der deutschen Nation und den bundestreuen Regierungen fast eben so viel Sorge, als dem dänischen Volke und Cabinet.

Durch das einseitige Vorgehen in Schleswig haben Oesterreich und Preußen bewiesen, daß sie die deutschen Mittelstaaten und den deutschen Bund bei Seite schieben wollen. Damit aber der Bund, d. h. die bundestreuen Staaten, auch in Holstein allen Einfluß auf die schleswig-holsteinische Frage verlieren, hat Preußen alle strategisch wichtigen Punkte in Holstein, unbekümmert um den Protest Sachsens, besetzt. Das Traurige dabei ist, daß nicht unter allen Mittelstaaten Einigkeit und Entschlossenheit in der Stunde der Gefahr herrscht. Von der in Würzburg abgehaltenen Ministerconferenz haben sich Hannover und Kurhessen fern gehalten, in einem Augenblicke, wo es galt, Oesterreich und Preußen durch Eintracht zu imponiren. Preussische Blätter wissen nicht genug auf die Mittelstaaten und auf die Bundescommissare zu raisonniren; Baiern, sagen sie, wolle mobil machen und gegen Preußen demonstrieren, als ob Preußen und Oesterreich allein das Recht hätten, mobil zu machen. Es geht das Gerücht, Preußen wolle das 6. Armeecorps mobil machen und in der Niederlausitz Stand nehmen lassen, um gegen Sachsen eine Demonstration zu machen, auf dessen Regierung Bismarck höchst ungehalten ist. Wenn jüngst ein sächsisches Blatt sagte: Die ganze deutsche Nation solle den Rücktritt Rechbergs und Bismarcks begehren, so ist keine Frage, daß sich alle deutschen Patrioten über ein solches Ereigniß freuen würden; allein noch nie hat eine „moralische Entrüstung“ einer Heerde Schaaf den Wolf abgehalten, seine aufdauernde Stellung aufzugeben, um nach Befinden zuzulangen. Jetzt wird man wohl einsehen, daß es unter der Regierung Friedr. Wilhelm's IV. golden gegen das Bismarck'sche Regiment war.

Wenn Bismarck mit dem preussischen Feldzuge nach Schleswig nebenbei die Absicht hegt, Schleswig-Holstein an Preußen zu annectiren, so wird er trotz seines Appetits wohl einsehen, daß Napoleon in keinem Falle eine so namhafte Vergrößerung Preußens gutheißern würde, und daß dies der Punkt wäre, wo er ohne Weiteres mit England gemeinschaftliche Sache machen würde gegen eine so beträchtliche Störung des europäischen Gleichgewichts. Und vor seinem Meister Napoleon hat der Schüler Bismarck ziemlich Respect!

Was bleibt nun Bismarck und Rechberg in solcher Lage übrig? Den legitimen Herzog Friedrich wollen sie um keinen Preis zur Regierung in Schleswig-Holstein gelangen lassen; einmal deshalb nicht, weil ihn der verhasste Nationalverein will, der in eigener Verblendung doch nur Preußens vorgrößerten Einfluß in Deutschland sucht; sodann will ihn Bismarck und Rechberg nicht, weil ihn die Mittelstaaten wollen, die man in Berlin und Wien gründlich haßt, und weil man

glaubt, der national-freisinnige Fürst werde im Besitz von Schleswig-Holstein die Opposition, d. h. hier dem Selbstschuß der Mittel- und Kleinstaaten, den Vormächten gegenüber, am Bunde verstärken.

Unter solchen Umständen bleibt dem edeln Brüderpaar nichts weiter übrig, als Schleswig-Holstein wieder auszuliefern, wenn es durch den Krieg recht gründlich ruiniert ist. Wenn beide Länder auch eine selbständige Verfassung bekommen, so erhalten sie doch mit Dänemark denselben Fürsten, und die Dänen werden nicht ermangeln, sich Diejenigen zu merken, welche gegen Dänemark agitirt und den Preußen und Oesterreichern Unterstützung geleistet haben, und so würde das Joch der armen Schleswiger nach dem Kriege bald schlimmer werden, denn zuvor.

Daß Oesterreich nicht eine Vergrößerung Preußens, seines deutschen Rivalen, will, bedarf keines Nachweises; auch geht die Absicht des Wiener Cabinets, Schleswig-Holstein wieder Dänemark auszuantworten, deutlich aus der Thronrede des Kaisers hervor. Mit dieser Personalunion Schleswig-Holsteins zu Dänemark, die Preußen und Oesterreich erstreben, hängt die Besetzung Holsteins durch preussische Truppen zusammen: die beiden ehrwürdigen „Vormächte“ wollen sich in die Lage setzen, die Personalunion beider Herzogthümer, so bald sie beschloffen sein wird, auch zur Ausführung zu bringen. Der Bismarck'sche Moniteur sagt: Durch die preussische Besetzung solle verhindert werden, daß die Bundesexecution nicht zur Entscheidung der Erbfolgefrage gemißbraucht werde. Der sächsische Antrag am Bunde sei eine unverhüllte, „feindselige Demonstration“ gegen Oesterreich und Preußen und ihre Politik (Deutschland soll sich nun einmal das Fell über die Ohren ziehen lassen; wenn Bismarck deutsche Provinzen an Dänemark verkaufte, so dürfen die Mittelstaaten nicht einmal „demonstrieren!“). Die beiden Großstaaten, sagt der Bismarck'sche Moniteur weiter, müßten nunmehr die Pflichten der Execution „in erster Linie“ übernehmen (haben die Bundesstruppen und die Bundescommissare ihre Pflichten etwa vernachlässigt?). Sachsen und Hannover müßten in Reservestellung treten. (Gelten die Bundesbeschlüsse nichts mehr, denen zufolge Sachsen und Hannover die Executionstruppen, Oesterreich und Preußen die Reserve bilden sollten?) Gegen die österreichisch-deutsche Politik seien die deutschen Mittelstaaten zusammengetreten, um den deutschen Großstaaten gegenüber sich zu einer dritten Großmacht zu vereinigen! Nein, Herr v. Bismarck, sondern um ihre Existenz und ihre Autorität, preussischem Appetite gegenüber, zu wahren! Das Recht der Selbstvertheidigung wird ihnen wohl noch zustehen?

So ist es also in letzter Reihe das Londoner Protocoll, für welches Ströme Blut vergossen sind und noch vergossen werden sollen. Es ist eine Sünde und Schande, Menschenblut zu vergießen, Menschen zum Krüppel schließen zu lassen,